

Informationen des Stadtverbandes

11/2017

Positionspapier zur Kürzung der Stundentafeln

1. Die GEW stellt fest, dass die bildungspolitischen Fehler der Vergangenheit die Schulen der Stadt (und des Landes) in eine Situation des Notstandes gebracht haben. Insbesondere zu nennen sind

- a) in den Zeiten der Großen Koalition (1995 – 2007) wurden bei nahezu gleichbleibenden Schüler*innen-Zahlen 14 % der Lehrerstellen gekürzt;
- b) unsere seit 1998 veröffentlichte Altersverteilung der Lehrkräfte wurde ignoriert. Bereits vor 20 Jahren war abzusehen, dass allein bei den Jahrgängen 1949 bis 1954 500 Lehrkräfte zwischen 2014 und 2019 das 65. Lebensjahr erreichen;
- c) es wurde nicht sichergestellt, dass die Universität des Landes und das LIS genügend Lehrkräfte ausbilden können. Vielmehr wurden Studiengänge (Behindertenpädagogik, Sport, Arbeitslehre-Technik) geschlossen und auf Kooperationen mit anderen Universitäten gesetzt, die gescheitert sind;
- d) durch die Föderalismusreform erhielt das Land Bremen die Möglichkeit eigene Besoldungstabellen und Arbeitsbedingungen zu definieren, die unter dem Bundesdurchschnitt liegen.

2. Die Verantwortung für die schlechte Situation an den Schulen liegt bei den Landesregierungen der Vergangenheit, unabhängig von den jeweiligen Koalitionspartnern. Soll ein Umsteuern Wirkung erzielen, so wird dies bis zu 10 Jahre dauern. Vor diesem Hintergrund ist der Vorschlag einer Stundentafelkürzung einzuschätzen. Wenig hilfreich sind in diesem Zusammenhang Ideen, Pensionäre zu aktivieren, Teilzeitbeschäftigte zu mehr Unterricht und Vollbeschäftigte zu Überstunden animieren zu wollen. Die Belastung im Lehrerberuf ist kein Witz!

3. Die Kürzung der Stundentafel aus Mangel an Fachkräften ist ein Armutszeugnis für die gesamte Republik. Sie ist nur akzeptabel, wenn

a) sie verbunden ist mit einem durchgreifenden Konzept zur Ausbildung neuer Lehrkräfte (Erhöhung der Ausbildungskapazitäten, Anreize zum Verbleib im Bundesland Bremen ...);

b) sie zeitlich befristet ist auf das Jahr 2025. Diese Zeitangabe ist nur realistisch, wenn unter Berücksichtigung einer Ausbildungsdauer von 6 ½ Jahren politische Entscheidungen in den nächsten Monaten getroffen werden;

c) die Stundenkürzung über alle Fächer und Schulstufen anteilmäßig verteilt wird, da dem Prinzip einer umfassenden Allgemeinbildung weiter zu folgen und der durch PISA verengten Sicht auf so genannte „Hauptfächer“ entgegenzutreten ist. Dieses Vorgehen gelingt durch Nutzung der Möglichkeiten einer „Kontingentsstundentafel“, sowie einer längst überfälligen „Entrümpelung“ der Bildungspläne;

d) vermieden wird, andere Tätigkeiten (wie Konferenzen oder Klassenfahrten) gegen fehlende Kapazitäten für Unterricht aufzurechnen. Die hohe Unterrichtsverpflichtung ist gerade einer der Faktoren, der den Lehrerberuf unattraktiv macht. Perspektivisch muss es darum gehen, schulische und außerschulische Aufgaben in eine Arbeitszeitberechnung einzubeziehen, die im Umfang der Arbeitszeit des Öffentlichen Dienstes entspricht. Deshalb ist die Unterrichtsverpflichtung zu senken.

Dieses Papier folgt der Maßgabe, dass die Qualität des Unterrichts höher einzustufen ist als die Menge der erteilten Stunden. Inwieweit konkrete Arbeitszeitverabredungen („Vorgrißstunden“ bzw. Konten) in der derzeitigen Notsituation helfen können, die Not zu lindern, kann nur durch Verhandlungen zwischen Behörden und der GEW geklärt werden.

Informationen des Stadtverbandes 11/2017

Schon ´mal vormerken:

Mi., 15. November, 16.00 Uhr,

Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus

Mitgliederversammlung mit Referat

„Die Bedeutung von Teamarbeit und Kooperation für die Umsetzung der schulischen Inklusion in Bremen“

Referent: Benjamin Haas, Universität Bremen

anschließend

Wahl des Stadtverbandsvorstandes

Mi., 29. November, 16.00 Uhr,

Strandhalle Bremerhaven, Raum „Passat“

Jubilarsehrung